

"Die Rechnung von Maastricht" in Le Monde (14. Dezember 1992)

Legende: Am 14. Dezember 1992 kommentiert die französische Tageszeitung Le Monde die schwierige Frage der Finanzierung Europas und analysiert die von Kommissionspräsident Jacques Delors auf dem Gipfel von Edinburgh vorgebrachten genauen Finanzierungspläne.

Quelle: Le Monde. dir. de publ. LESOURNE, Jacques ; Réd. Chef COLOMBANI, Jean-Marie. 14.12.1992, n° 14.634; 49e année. Paris: Le Monde. "La facture de Maastricht", p. 1.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_rechnung_von_maastricht_in_le_monde_14_dezember_1992-de-d96da0c1-fbc5-4da9-b7e0-2c2e429bab39.html



Publication date: 06/07/2016

Die Rechnung von Maastricht

Als Jacques Delors seinen Finanzierungsplan der EG vorstellte, hörte sich das doch sehr bekannt an: Zuerst war es die Einheitliche Europäische Akte, die verwirklicht werden musste, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegenüber ihren japanischen und amerikanischen Konkurrenten zu stärken. Heute nun, da dieser Vorsprung immer noch nicht eingeholt werden konnte, muss Maastricht gelingen ... und zwar aus denselben Gründen.

Im Sinne des „wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts“ war im Februar 1988 beschlossen worden, den Umfang der „Strukturfonds“ zu verdoppeln, um die „armen Ländern“ der Gemeinschaft zu unterstützen, der Bewegung hin zum europäischen Binnenmarkt zu folgen. Jetzt ist es notwendig, einen „Interventionsfonds“ zu schaffen, damit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland auch auf den Zug zur Wirtschafts- und Währungsunion aufspringen können.

Die Aussichten auf eine erneute Aufstockung der Haushaltsmittel führt um so mehr zu Ablehnung auf Seiten der „reichen Länder“ als sie den Hauptteil der Rechnung zu zahlen haben. Um Spanien, das – dem Beispiel Frankreichs folgend – voll und ganz auf die europäische Karte gesetzt hat, bei seinem finanziellen Beitrag Erleichterungen zu ermöglichen, schlägt Brüssel vor, in stärkerem Maße auf einen Beitrag, der sich auf das Bruttoinlandsprodukt stützt, zurückzugreifen und den Beitrag, der anhand der Mehrwertsteuer errechnet wird, zu kürzen.

Der Präsident der Europäischen Kommission war sich bewusst, welche Reaktionen ein solches Vorhaben in Bonn hervorrufen würde und hat daher daran gedacht, die fünf neuen Bundesländer auf die Liste der am wenigsten entwickelten Regionen der EG zu setzen. Um die Situation nicht noch mehr zu erschweren, befasst sich der Entwurf der Kommission nicht mit der Frage des berühmten „britischen Ausgleichs“, während das aktuelle System Ende dieses Jahres auslaufen wird. Bleibt der Fall Frankreich, das nach Deutschland der größte „Nettozahler“ der Gemeinschaft ist und außerdem noch auf neue Kürzungen im Bereich der Agrarsubventionen gefasst sein muss.

Es scheint also, dass die zwölf EG-Länder in eine Phase von besonders schwierigen Verhandlungen eintreten, die die Egoismen der einzelnen Länder deutlich zu Tage treten lassen werden. Es kommt nicht von ungefähr, dass Jacques Delors und die portugiesische Präsidentschaft der Idee einer außerordentlichen Tagung des Europäischen Rates zugeneigt sind, die vor dem für Juni geplanten Lissabonner Gipfel der Staats- und Regierungschefs stattfinden könnte.

Im Hinblick auf die Finanzierung der europäischen Einigung sind die Dinge kaum einen Schritt weitergekommen, weil noch immer an den guten Willen der Regierungen und ihrer Finanzverwaltungen appelliert wird. Angesichts nicht so günstiger wirtschaftlicher Aussichten, die durch die deutsche Wiedervereinigung, die Schwierigkeiten Mittel- und Osteuropas und die ewigen Probleme des südlichen Mittelmeerraumes noch weiter verdüstert werden, ist der Reflex genaue Erbsenzählerei.

Es ist jedoch eine Illusion zu glauben, dass Europa nicht immer teuer werden wird. Schwer, sich vorzustellen, wie die 12 EG-Länder Überlegungen zu einer Europa-Steuer vermeiden können, wenn sie nicht alle fünf Jahre die gleiche alte Haushalts-Leier hören wollen.